

Paul-Henri Spaak, Memoiren eines Europäers

Legende: In seinen Memoiren schildert Paul-Henri Spaak, ehemaliger belgischer Außenminister, die politischen und institutionellen Hintergründe der Politik des leeren Stuhls im Jahre 1965 und beschreibt die diplomatischen Verhandlungen, die am 29. Januar 1966 in Luxemburg zu einem politischen Kompromiss führten, um diese Krise der Gemeinschaft zu beenden.

Quelle: SPAAK, Paul-Henri. Memoiren eines Europäers. Hamburg: Hoffmann und Campe, 1969. 605 p.

Urheberrecht: Copyright des deutschen Übersetzung von Wilhelm Thaler (c) 1969 by Hoffmann und Campe Verlag, Hamburg

URL: http://www.cvce.eu/obj/paul_henri_spaak_memoiren_eines_europaers-de-6060b2d4-d5c1-4e6b-88f6-7ec92157f226.html

Publication date: 21/10/2012

Paul-Henri Spaak, *Memoiren eines Europäers*

[...]

General de Gaulle war in den Schwierigkeiten, die er im Jahre 1963 hervorgerufen hatte, siegreich geblieben. Im Inhalt und in der Form hatte er unrecht. Im Jahre 1965 war er, obwohl teilweise im Recht, gezwungen, einen Kompromiß anzunehmen, denn er stand fünf Partnern gegenüber, die sich einig waren und entschlossen, diesmal unter keinen Umständen nachzugeben.

Die Krise des Jahres 1965 läßt sich schwer erklären, denn mehrere Fragen ergaben sich gleichzeitig, und die Verantwortungen waren geteilt zwischen der Kommission, die einen taktischen Fehler begangen hatte, Italien, Deutschland und den Niederlanden, die den Eindruck erweckten, einen Vorwand zu suchen, um eine übernommene Verpflichtung nicht zu erfüllen, und Frankreich, das ein berechtigtes Verlangen nicht durchgesetzt hatte und eine den Verfügungen des Vertrags widersprechende Haltung einnahm.

Nur die Delegationen von Belgien und Luxemburg wollten eine Annäherung der Standpunkte erreichen. Das war zu wenig, um Erfolg zu haben.

Zum Verständnis des Vorgefallenen muß man daran erinnern, daß der Ministerrat beschlossen hatte, spätestens am 30. Juni 1965 eine Entscheidung über die Finanzierung der gemeinsamen Agrarpolitik zu treffen. Gleichzeitig hatte er die Kommission beauftragt, gemeinsame Vorschläge für die zukünftige Politik der Gemeinschaft zu machen.

Im Frühjahr 1965 hatte die Kommission einen aus drei Punkten bestehenden Bericht ausgearbeitet: die Finanzierung der gemeinsamen Agrarpolitik, die Schaffung eigener Mittel für die Gemeinschaft und die Stärkung der Vollmachten des Europäischen Parlaments.

Unvorsichtigerweise hatte Präsident Hallstein sie der Versammlung in Straßburg vorgelegt, ehe sie dem Ministerrat unterbreitet worden waren. Wie zu erwarten, hatte die Versammlung den ihr vorgelegten Vorschlägen sofort und begeistert zugestimmt. Sie erhöhten die Bedeutung der Versammlung. Diese Zustimmung hatte die Regierungen in eine heikle Lage gebracht. Ihre freie Entscheidungsmöglichkeit war nicht mehr gegeben. Die Kommission befand sich in einer noch schwierigeren Lage. Sie war engagiert und konnte nicht mehr die Vermittlerrolle spielen, die ihr normalerweise zustand. Als die Minister vom 28. bis 30. Juni 1965 in Brüssel zusammenkamen, gab es zwei gegensätzliche Thesen: die der Franzosen, die die sofortige Anwendung der Resolution verlangten, durch die für Monatsende eine Einigung über die Finanzierung der gemeinsamen Agrarpolitik versprochen worden war, und die der deutschen, italienischen und niederländischen Delegationen, die den Bericht der Kommission zum Vorwand nahmen, um »die Zusammenfassung der Probleme« zu verlangen. Hätte man diesen letzten Vorschlag angenommen, so wäre damit das Problem der Finanzierung auf einen späteren Zeitpunkt vertagt worden. Es war praktisch unmöglich, innerhalb von zweiundsiebzig Stunden eine Antwort auf die Fragen zu finden, die die Schaffung von Eigenmitteln und die Vollmachten des Parlaments aufwarfen.

Die Franzosen waren anscheinend entrüstet, weil sie das als Verstoß gegen ein gegebenes Wort ansahen. Ich muß zugeben, daß die Deutschen, die Italiener und die Niederländer in ihren Erklärungen nicht den Eindruck völliger Ehrlichkeit machten. Sie schienen den Bericht der Kommission zum Vorwand genommen zu haben, um die Erfüllung ihrer Verpflichtungen abzulehnen, oder zumindest als Gelegenheit, um eine Entschädigung für die Opfer zu erreichen, die von ihnen verlangt wurden.

Couve de Murville, der den Vorsitz führte, verfolgte wieder eine seltsame Taktik. Obgleich wir alle wußten, welchen Schwierigkeiten wir begegnen würden, ließ er sich damit Zeit, sie zu erörtern, und brachte das Gespräch auf nebensächliche Dinge. Als er sich endlich entschloß, den wichtigsten Punkt der Tagesordnung zur Diskussion zu stellen, hatte sich die Atmosphäre verschlechtert.

Die französische Delegation war gut zusammengesetzt. Außer Couve de Murville, von dessen Vorzügen als Diskussionsredner ich schon gesprochen habe, war Pisani anwesend, der Landwirtschaftsminister, der alle

Probleme kannte und der sich stets besonders klar und präzise ausdrückte, sowie Valéry Giscard d'Estaing, dessen geistige Elastizität, methodisches und technokratisches Denken, das einer gewissen Leidenschaft nicht entbehrt, unparteiische Gemüter bestechen mußten.

Die Franzosen bestanden mit unerbittlicher Hartnäckigkeit auf dem Prinzip, daß einzig und allein die Frage der Finanzierung erörtert werden sollte, zeigten sich jedoch in den Anwendungsmethoden, die sie vorschlugen, elastisch, erfinderisch, sogar großzügig. Alle ihre Vorschläge stießen auf die starre, nicht immer berechnete Ablehnung ihrer Gegner, die sich um die Aufforderung, die Versprechungen einzuhalten, nicht kümmerten und verlangten, daß die Debatten auf alle im Bericht der Kommission behandelten Punkte ausgedehnt werden sollten. Deren Mitglieder blieben im Gegensatz zu ihrer Gewohnheit und ihrer Pflicht seltsam passiv.

Ich fühlte mich unbehaglich. Im wesentlichen war ich mit den Vorschlägen der Kommission einverstanden. Hätte man sie angenommen, so hätten sie es möglich gemacht, eine neue Hürde im Aufbau Europas zu nehmen, aber ich konnte mich des Gedankens nicht erwehren, daß die Kommission einen Fehler begangen hatte, indem sie die Vorschläge bekanntgab, ohne sich vergewissert zu haben, daß ein Einverständnis der Regierungen möglich war. Andererseits konnte ich nicht zugeben, daß man sich dessen bediente, um die Erfüllung einer klaren Verpflichtung hinauszuschieben. Das bemühte ich mich klarzustellen. Meiner Ansicht nach mußte man, wie versprochen, unverzüglich das Problem der Agrarfinanzierung lösen und dann, nach einem festgelegten Plan, die anderen Fragen erörtern und lösen.

Ich hatte ebensowenig wie meine Kollegen vergessen, auf welche Weise uns die französische Regierung anlässlich des Abbruchs der Verhandlungen mit Großbritannien behandelt hatte, doch ich wollte mich nicht von Rachegefühlen leiten lassen. Ich lehnte es ab, aus Vergeltungsgefühl einen böartigen Streit zu suchen. Für mich erfordert der Aufbau eines vereinten Europa vollkommene Unparteilichkeit und völlige Ehrlichkeit bei der Erörterung der Probleme. Wenn diese Regeln verletzt werden, ist die Zukunft gefährdet. Aber es war nichts zu machen. Jeder beharrte auf seinem Standpunkt. Allen französischen Vorschlägen, von denen manche einfallreich waren, setzten drei Delegationen einen Widerstand entgegen, der um so bezeichnender war, als er sich oft in verächtlichem Schweigen äußerte.

Am 30. Juni um Mitternacht machte Couve de Murville, da es zu keiner Einigung gekommen war, den Debatten ein Ende und stellte ihr Scheitern fest.

In dieser Angelegenheit war Frankreich nicht im Unrecht, doch seine Reaktion war in der Folge wieder einmal unzulässig. Es weigerte sich, im Widerspruch zu seinen Verpflichtungen, am Ministerrat und am Stellvertreterrat teilzunehmen und behinderte durch diese Abwesenheit die Tätigkeit der Gemeinschaft. Eine derartige Haltung war rechtswidrig. Der Vertrag verpflichtet die Mitgliedsstaaten, die Tätigkeit der Gemeinschaft nicht zu behindern. Durch seinen »Streik« verletzte General de Gaulle eine der wichtigsten Regeln.

Diese Krise hielt sechs Monate an. Bald kam es zu einem Umschwung. Dank der fortgesetzten Arbeit der Fachleute und der von der Kommission erstellten Vorschläge, die glücklicherweise wieder die Initiative ergriff, zeichnete sich eine Einigung für die Agrarfinanzierung ab. Das genügte nicht, um die Franzosen wieder an den Beratungstisch zu bringen. Sie erweiterten ihre Beschwerden, und die französische Regierung suchte eine Änderung des Vertrags im Sinne der Abschaffung der Verfügung über die Mehrheitsbeschlüsse zu erreichen. Gleichzeitig brachte sie eine Reihe von Forderungen vor, die im Falle ihrer Annahme das Prestige und die Autorität der Kommission herabgesetzt hätten.

[...]

Da Frankreich sich weigerte, dem Ministerrat beizuwohnen, waren seine fünf Partner gezwungen, sich allein zu versammeln, wodurch heikle juristische Probleme aufgeworfen wurden.

Den Vorsitz über den Ministerrat führte damals der Italiener Colombo. Das war ein großes Glück, denn er war einer unserer Besten. Seine geschickte Diplomatie, sein elastischer Geist, seine konstruktive Phantasie

waren eine große Hilfe für uns. Er war unser Vertreter bei den Franzosen und entledigte sich seiner Aufgabe tadellos. Seine entschlossene Höflichkeit erlaubte es ihm, die heikelsten Botschaften zu übermitteln, ohne allzu heftige Reaktionen hervorzurufen. Er verstand es, im wesentlichen unerschütterlich zu bleiben und gleichzeitig stets das Gesicht seines in Schwierigkeiten befindlichen Gegners zu wahren. Seine in der italienischen Politik bereits beachtliche Rolle wird in kommenden Zeiten noch wachsen. Er ist einer der achtbarsten und wertvollsten Persönlichkeiten Europas.

Unter seiner Leitung gelang es uns, eine Politik und eine Taktik festzulegen. Wir nahmen die von der Kommission unterbreiteten neuen Vorschläge für die finanzielle Regelung der Agrarpolitik als Grundlage und machten wirkliche Fortschritte in Richtung auf eine Lösung, die jedoch erst mit Zustimmung Frankreichs endgültig werden konnte. Wir kamen auch überein, daß es unmöglich war, den Vertrag im Sinn einer Abänderung der Regel des Mehrheitsbeschlusses zu revidieren. Schließlich beschlossen wir, in einer Sondersitzung des Ministerrats bei Abwesenheit der Mitglieder der Kommission die Probleme ihres Statuts zu erörtern. Wir machten Frankreich den Vorschlag, uns im üblichen Rahmen in Brüssel zu versammeln, um die technischen Probleme zu regeln. Gleichzeitig schlugen wir vor, eine interne Versammlung der Minister allein zu veranstalten, um die allgemeine Lage der Gemeinschaft zu prüfen. Dieser letzte Vorschlag war nicht ohne Schwierigkeiten angenommen worden. Die Kommission war entschieden dagegen, aber im Reglement war ein derartiges Verfahren vorgesehen. Couve de Murville traf mit Colombo zusammen und erteilte dann sein Einverständnis.

Die Außenminister trafen am 17. und 18. Januar und dann am 28. und 29. desselben Monats in Luxemburg zusammen. Es waren lange Debatten erforderlich, bis wir zu einem Kompromiß gelangten. Während dieser Tage spielte ich unablässig den Vermittler zwischen Frankreich einerseits und Deutschland sowie den Niederlanden andererseits, die sich als die härtesten der Fünf erwiesen.

Die französischen Stellungnahmen erschienen mir nicht ganz unbegründet. Es war jedoch unmöglich, in der Frage des Mehrheitsbeschlusses einen Vergleich zu finden. Das einzige, was wir tun konnten, war, unseren gemeinsamen Wunsch zu bekräftigen, stets aufrichtig nach ungeteilter Übereinstimmung zu streben. Wenn diese nicht gefunden werden konnte, sollte der Vertrag zur Anwendung kommen. Ein solcher Vorschlag stellte Couve de Murville nicht zufrieden.

Obgleich die Schwierigkeiten hinsichtlich der Beziehungen zwischen dem Ministerrat und der Kommission bedeutend weniger wichtig und gewisse Aspekte der Diskussion lächerlich waren, erforderte es beträchtliche Geduld, ehe wir uns einigten. Am 29. Januar spät nachts gelang es uns endlich, den Text eines Kommunique abzufassen. Wir stellten fest, daß unsere Meinungen bezüglich des Mehrheitsbeschlusses auseinandergingen. Frankreich stand allein. Seine fünf Partner hatten nicht nachgegeben. Sie gaben ihrem Wunsch Ausdruck, nach einer vernünftigen Frist zu allgemein anerkannten Lösungen zu gelangen, und betonten dann, falls trotz alledem die Einstimmigkeit nicht erzielt werden sollte, werde der Mehrheitsbeschluß gültig werden. Die französische Delegation legte dagegen Widerspruch ein. Diese Meinungsverschiedenheit wurde festgehalten, es wurde jedoch sofort hinzugefügt, daß die Wiederaufnahme der normalen Tätigkeit der Gemeinschaft dadurch nicht verhindert werden konnte.

Hinsichtlich der Beziehungen zwischen dem Rat und der Kommission wurden einige recht kluge Prinzipien genannt. Ihre Annahme würde eine bessere Zusammenarbeit zwischen den beiden Hauptorganen der Gemeinschaft ermöglichen. Die Autorität der Kommission wurde nicht eingeschränkt.

Die am 30. Juni durch die Weigerung Frankreichs, an den Sitzungen der Gemeinschaftsorgane teilzunehmen, heraufbeschworene Krise war überwunden. Die Tätigkeit der Gemeinschaft konnte wieder aufgenommen werden. Während der sechs Monate, in denen diese Tätigkeit unterbrochen worden war, hatte mich bei meinen Versöhnungsbemühungen unser ständiger Vertreter Joseph Van der Meulen unterstützt, einer meiner besten Mitarbeiter aus der Zeit der Verhandlungen über den Vertrag von Rom. Er brachte für die Ausführung seiner Aufgabe außer einem unvergleichlichen Arbeitseifer seine aufrichtige europäische Überzeugung und sein ehrliches Bestreben für koordinierte Zusammenarbeit mit. Ich war einmal mehr hervorragend unterstützt worden.

[...]